

Wichtigste Nachrichten: Minister-Cabinet: Die Reichsregierung... Die Reichsregierung hat sich heute in Berlin versammelt...

Interessante und Wissenswertes: In Groß-Berlin: Sanierungsarbeiten... In Potsdam: Die neue Stadthalle...



Der Tag

Nr. 134
Ausgabe für Berlin

und Handels-Zeitung

54. Jahrgang
Freitag, 20. März 1925

Der Parteienkampf in Preußen.

Hellpachs Ziele.

Dr. Ernst Feder.

Die gestrigen Verhandlungen der Landtagsfraktionen.

Das „Kabinett der blaffen Persönlichkeiten“.

Verlegung der Regierungsbildung bis zum 31. März.
P. 84. Es war gestern nach dem Bekanntwerden des Schreibens, in welchem Herr Marx dem Landtagspräsidenten Barthelemy seinen Verzicht auf die Ministerpräsidentenstelle mitteilte, ganz unverkennbar, daß die bereits stark gesunkenen Hoffnungen der Oppositionsparteien plötzlich wieder einer besseren Stimmung Weh machten. Man erklärte mit unerschütterlichem Glauben, daß das Zentrum auf Aktion geräumt habe und nunmehr nur noch eine Anstandsfrist für die Liebesgabe der Stellung selbst zugestanden haben möchte. Der Rücktritt Marx' ist der erste Schritt gewesen, die Zustimmung zu einem reinen Beamtensministerium, einem „Kabinett der blaffen Persönlichkeiten“, wäre der zweite gewesen, und der dritte würde darin bestehen, daß die Herren Heß und Herold zum Zentrum so und Amen sagen würden, wenn dieses Beamtensministerium nicht nur in sich selbst, sondern auch mit dem Verzicht des Ministerpräsidenten zu einer Regierung ganz nach dem Vorgehen der dem Zentrum unterstellten würde. Das bedeutet also, daß man heute, sondern auch seine ganze bisherige Liebeszeitung opfert. Es darf dabei nicht verschwiegen werden, daß die Haltung des Zentrums in der letzten Zeit dieses jüdische und zugleich reichlich nichtladende Urteil der Reichspresse zu einem Teil selber mitverdient hat. Denn das Zentrum mußte sich doch fügen, daß mit dem Rücktritt Marx' die Lage ganz und gar nicht gefärrt, sondern im Gegenteil nur noch weiter erschwerter werden würde. Denn auch bei den Demokraten erwartete, daß Marx, wenn er schon unter allen Umständen erst noch die Regierungsbildung lösen werde. Es lag doch klar auf der Hand, daß die Reichsparteien sofort wieder Morgenluft mitern würden, wenn Marx resignierte, ohne zuvor die wichtigste Bedingung erfüllt zu haben. Denn vor seinem Rücktritt mußte festgestellt werden, daß die Deutschnationalen ihre Zustimmung zu einer Beteiligung der Sozialdemokraten an der künftigen Regierung geben, vorher mußte festgestellt sein, daß von der Opposition geforderte Beamtensminister nicht schließlich doch zu einem verpackten Reichskabinett wurde, und vorher mußte sich zeigen haben, daß die neue Regierung entsprechend dem leitenden Grundgeden des Ministerpräsidenten Marx eine Zusammenfassung aller Kräfte im Sinne der Volksgemeinschaft bedeute.

Bezeichnend nicht ganz bedingt. Allerdings wurde versichert, daß er nicht „lediglich“ wäre. Auch soll wiederholt werden, daß das Zentrum tatsächlich die Stellung nicht aufgeben wird, wenn es halt, wie unterirdische Persönlichkeiten des Zentrums mit Nachdruck betonen, an seiner Forderung fest, daß die Sozialdemokraten unter allen Umständen an dem Kabinett beteiligt sein muß. Von Seiten der Rechten hat man für das geplante neue Kabinett die Bezeichnung eines „Kabinetts der blaffen Persönlichkeiten“ erdacht. Es ist ein Spiegel der Blamose und zugleich die verächtlichste Selbstkritik. Aber dennoch scheint diese Regierung den Deutschnationalen allem noch nicht bläß genug werden zu können, und darum haben sie gestern das Zentrum noch in letzter Minute unter härtesten Druck gesetzt, damit es die Sozialdemokratie preisgebe. Wie schon gesagt, ohne Erfolg. Man muß nun damit rechnen, daß die Deutschnationalen diese Bedingung forsetzen werden, bis das letzte Angebot erschöpft ist. Gestern gingen die Verhandlungen in den Abendstunden schließlich nur noch darum, ob das neue Kabinett eine unparlamentarische oder parlamentarische Spitze haben solle oder nicht. Im Zentrum schien man Neigung zu haben, sich mit den deutschnationalen Zugeständnissen, der Eingangsfrage von sozialdemokratischen Beamten, zufrieden zu geben. Wie selbst möchte erneut betonen, daß eine solche Regelung nicht weiter als ein faules Kompromiß beschaffen würde, und daß im Gegenteil alles dafür spricht, die Bitte von den drei Regierungsparteien gemeinsam verweigert bis auf weiteres zurückzuführen. Das Zentrum muß bei der Stunde stehen, und deshalb wird es wohl doch bezweifeln können, daß die preussische Regierungsbildung bis nach dem ersten Wahlgang im Reich verlagert wird.
Im Reichstage sind gestern die Abgeordneten v. Papen und v. Wonnary erschienen, und sie haben dort mit triumphierender Miene den Beschlüssen der drei Parteien und recht von sich mitgeteilt, daß sie nun in Preußen ihren Willen durchgesetzt hätten. In der gestrigen Landtagssitzung zeigte sich allerdings, daß davon zunächst noch keine Rede ist. Die Deutsche Volkspartei beantragte nämlich am Schluß der Sitzung, auf die heutige Tagesordnung wiederum die Entgegennahme einer Regierungserklärung zu setzen. Der Fraktionsvorsitzende des Landtagszentrums hatte dem zugestimmt. In den Reihen der Fraktion selber aber empfand man das als Zerstückelung und führte die Beschlußfähigkeit des Hauses herbei. In dem man aus dem v. Seelcher herausging. Dieser Antrag bewies die Situation mit der Deutlichkeit eines Bildes, und er war ein Zeichen dafür, daß man in der preussischen Zentrumsfraktion sich des rechten Weges inständig bewußt ist.

Nur noch neun Tage trennen uns von dem Termin, an dem das deutsche Volk bestimmen wird, wer sieben Jahre lang an der Spitze der deutschen Republik stehen soll. Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Der Sinn der deutschen Verfassung, die im Gegensatz zu Frankreich wie zu den Vereinigten Staaten von Amerika, die direkte Wahl des Präsidenten durch das Volk vorsieht, verlangt auch, daß der Kandidat dem Volk selbst gegenübertritt, daß er vor den breiten Schichten der Bevölkerung die Ideen entwickelt, die er an der Spitze des Reiches durchzuführen gedenkt. Im Gegensatz dazu bleiben die Kandidaten bisher noch ziemlich im Hintergrund. Marx war bis gestern mit der Regierungsbildung in Preußen beschäftigt. Braun hält sich juristisch selbst von vornherein auf einen kleinen Ausschnitt des Reiches beschränkt. Die Verhandlungen des Herrn Hjalmar unter scheiden sich gar nicht von den sonstigen Kärn kommunizierter Kollation. Subandorf grüßt nicht im Zeit Herr Jarres trat am Mittwoch zum erstenmal vor eine beschränkte Öffentlichkeit, am Nachmittag in der Wehrparade, ebenfalls noch effusiver, auf dem Festakt im Reichstag. Nur ein Kandidat macht eine Ausnahme. Dem Geist der Verfassung gerecht, reist Staatspräsident Hellpach durch das deutsche Land. Er steht jeden Abend im größten Saal einer großen deutschen Stadt vor einer Zuhörerschaft, die aus allen Berufsständen, allen Klassen, allen Parteien, dem gesamten Volke zutrifft. Hellpach begann am Montag in der hiesigen Hauptstadt, er sprach am Mittwoch im besetzten Köln, heute in der hiesigen Provinz, und in Berlin hielten sich die Anträge wegen der großen Kundgebung am nächsten Donnerstag, in der Hellpach in Deutschlands größter Halle, im Sportplatz, vor die Berliner Bevölkerung treten soll.

Woran liegt es, daß die Programmrede des Herrn Jarres, die sorgfältig vorbereitete, die Reichspresse teils offen bemängelt, teils mißsam lobt, so gänzlich ignoriert und reißlos verflucht? Jarres forderte von seinen Freunden und Helfern, daß der Wahlkampf literarisch geführt werde, und er hat wohl unangenehm gemerkt, daß er, sollte mit diesem Worte Ernst gemacht werden, gerade die eifrigsten seiner Helfer verliert, von denen jetzt schon eine Persönlichkeit wie Hellpach als unbedeutend beschimpft, jede republikanische Partei als unnational bezeichnet wird. Um in der Sprache der Ritter zu bleiben: der Kandidat des Reichstagskampfs nicht mit offener Wimper, und das unterscheidet ihn von seinem republikanischen Mitbewerber Hellpach, macht seinen Vortrag aus frohen Konvention, während der lebendige Beamtensminister Hellpach die Hörer wird. Jarres kann nicht mit offenem Munde kämpfen. Dazu ist der Haufe zu ungleichmäßig vor ihm erschienen. Die Frage „Monarchie oder Republik“, die doch für den Präsidenten der Republik nicht ganz gleichgültig ist, behandelt er nicht, während im Programm der beiden Reichsparteien das Bekenntnis zur Monarchie steht, und am Tage vor seiner Rede beispielweise in Marienburg der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Gerling seine Rede für Jarres mit den Worten schließt: Es läßt der König. Jarres verpricht, die Verfassung zu schützen, aber er fügt daran die unklare Wendung, daß die Verfassung „auf der Basis organischer Entwicklung weiter zu bilden“ sei, ohne daß er freilich zu verraten weig, welche Verfassungsreform er will. Unter dem eifigen Schweigen seiner Zuhörer verliert er, daß Schwarz-Rot-Gold die verfassungsmäßigen Farben des Staates sind, und unter dem Jubel derselben Zuhörer defenkt er sich dann zu Schwarz-Weiß-Rot.

Die Lage noch ungeklärt.

Die Frage der Neubildung der preussischen Regierung ist auch im Laufe des gestrigen Nachmittags nicht geklärt worden. Die Besprechungen zwischen den Deutschnationalen und den Vertretern des Zentrums wurden weitergeführt; hierbei brachten die Vertreter des Zentrums immer wieder klar zum Ausdruck, daß sie an einer Beteiligung der Sozialdemokraten an der Regierung unbedingt festhalten müßten.
Am späten Nachmittag war der interfraktionelle Ausschuß zusammengetreten. Hierbei wurde einstimmig festgestellt, daß die bisherige Regierungsparteien das Bestehen aufstellen müßten, daß das neue Kabinett nicht unter der Führung eines Beamten, wie es von den Rechten gefordert wird, sondern unter der Leitung eines republikanischen Parlamentarier stehen müsse. Diese Forderung wird bei den weiteren Besprechungen mit aller Entschiedenheit der Rechten gegenüber vertreten werden.

Nach der Abkündigung im Moment, über die an anderer Stelle berichtet wird, entspann sich unter den Zentrumsbegleitern eine sehr erregte Aussprache, in deren Verlauf der linke Flügel des Zentrums sich von den interfraktionellen Verhandlungen zurückgezogen hat. Der Abgeordnete Heß führt begründeterweise die Besprechungen nicht weiter. Der Abgeordnete Herold ist nun wieder mehr in den Vordergrund getreten. Bei ihm wurden in den späten Abendstunden Besprechungen zwischen den Vertretern der Deutschnationalen und Volksparteien und dem rechten Zentrumsführer gepflogen. Zu einer Einigung über einen Kandidaten für das Amt des Reichspräsidenten, zu dessen Beamtensministerien konnte man aber nicht gelangen. Die Verhandlungen sollen heute vormittag weitergeführt werden. Die Mitte, einschließlich des linken Zentrumsführers, ist entschlossen, wie gestern auch in der heutigen Sitzung den Bemühungen der vereinigten Rechten, unter Abstützung der gegenwärtigen Situation, mit allen Mitteln die Macht an sich zu reißen, entgegenzutreten. Es ist damit zu rechnen, daß die Wahl des Ministerpräsidenten auf den 31. März, also bis nach der Wahl des Reichspräsidenten, verlagert wird.

Ueber die wirklichen Probleme greift er mit unerschütterlichen Redensarten hinweg, und nur mit der für ihn persönlich wichtigsten Frage der Verfassungspolitik hat er sich etwas ausführlicher befaßt. Bekanntlich lehnt der überwiegende Teil des deutschen Volkes, namentlich der größte Teil der rheinischen Bevölkerung, Herrn Jarres als Verfassungspolitiker ab. Herr Jarres nennt diesen Vorwurf „eine triviale persönliche Verleumdung“ und eine geradezu lächerliche Verdrängung der geschichtlichen Vorgänge. Da muß man denn doch sagen: Jarres soll hier geklärt werden? Wir fragen: Ist es nicht richtig, daß Herr Jarres empfinden hat, die Aufgabe des passiven Widerstandes ist weniger zu erklären und den Verfall der Vertrauenspolitik als nur und nicht zu erklären? Nicht richtig, daß er empfohlen hat, alle Anstellungen an das beehrte Gebiet, die Zahlung der Erwerbslosenbeihilfen, der Beamtensgehälter einzustellen, die Sorge für das Rheinland den Verfassungsmächten zu überlassen? Nicht richtig, daß Herr Jarres die Verfassung hat, als man ihn fragte: Was dann? Gewiß, Herr Jarres hat das alles im besten Glauben getan. Wir denken nicht daran, nach deutschnationaler Rezept die falsche Politik eine antinationale zu heißen. Wir glauben Herrn Jarres, wenn er in der Wehrparade aus seinem Manuscript vorliest: „Der Gedanke einer Preisgabe des Rheinlandes hat zu keinem Zeitpunkt auch nur in dem entferntesten Bereich meiner politischen Erwägungen gelegen.“ Aber begreift Herr